

Platzabbek

Nr. 1, 14. Februar 2012

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN



DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Eine „Innovation“ der besonderen Art – „alternativloses“ Konzept für rechte Demonstrationen

Als am 28.1.2012 zwei Busladungen mit Anhängern von „pro Köln“ zum Beginn einer Demonstrationroute gekarrt und später wieder abgeholt wurden, mussten viele Andere Einschränkungen und Behinderungen ihres Demonstrationsrechtes, aber auch sehr viel einfacherer Rechte, wie dem auf die Straße zu gehen, diese zu überqueren, etc. hinnehmen.

Die bereits früher von der Polizei eingeschlagene Taktik (Kundgebung am Barmer Platz, Demonstration vom 7.5.2011) wurde am 28.1.2012 in ihrer gesamten Konsequenz deutlich. War es schon peinlich genug, wenn am Barmer Platz Polizeibeamte sich als Gehilfen der Türsteher von „pro Köln“ gerierten, die entscheiden durften, wer durch U-Bahn-Zugänge auf den Barmer Platz kam und wer nicht, so war die „Versammlung“ vom 28.1.2012 nur noch eine geschlossene Veranstaltung und damit gar keine Versammlung mehr. Nach § 1 des Versammlungsgesetzes hat jedermann das Recht, öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und an solchen Veranstaltungen teilzunehmen. Dementsprechend liest man im Standardkommentar zum Versammlungsgesetz, dass „nicht öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel ausgeschlossen sind, weil Öffentlichkeit gerade dadurch charakterisiert ist, dass eine Abschließung nach außen fehlt, so dass beliebige Dritte Zugang haben“.

Treuherzig wird in Polizeikreisen eingeräumt, dass ein Zulassen der Selbstverständlichkeit, dass jedermann, der friedlich ist, Zugang zu öffentlichen Versammlungen hat, polizeitaktisch nicht möglich wäre. Da man vorher nicht wissen könne, wer tatsächlich „pro Köln“ positiv, neutral oder ablehnend gegenübersteht, müsse bei jeder anderen Form der „Versammlung“ damit gerechnet werden, dass die Mehrheit der Anwesenden gerade ein Weitergehen verhindert. Ergebnis: Ein durch Polizeitaktik

Grüne Kämmerin will dieses Jahr noch 30 Mio. Euro kürzen

Wir wehren uns gegen Kürzungen im sozialen Bereich!

Nachdem die Stadtkämmerin am Mittwoch, den 8.2.12, die Verschiebung des Kölner Haushaltes 2012 von März auf Juni ankündigte, ahnten die meisten schon nichts Gutes. In den letzten Jahren wurden die Haushalte immer sehr spät verabschiedet und in den Jahren 2010/2011 sogar ein Doppelhaushalt installiert. Mit diesen Doppelhaushalten glaubt man, Kürzungen besser verstecken zu können. Die ganze Vorgehensweise ist sehr undemokratisch, da die Gemeindeordnung ausgehebelt wird. „Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr“ oder „die Haushaltssatzung tritt mit Beginn des Haushaltsjahres in Kraft“, heißt es im § 78 der Gemeindeordnung NRW.

Die Befürchtungen wurden dann nur zwei Tage später wahr: Die Kämmerin G. Klug legte am Freitag den ersten Veränderungsnachweis zum Haushalt vor. Darin gab sie bekannt, dass sie die Haushaltssituation noch 2012 um 30 Mio. Euro verbessern will. Kürzungen sollen durch eine Reduzierung der Standards in den freiwilligen Leistungen der Stadt erreicht werden.

Besonders im sozialen Bereich muss also mit Kürzungen gerechnet werden. Vor allem verwundert und ärgert es doch sehr, dass die Kämmerin keine Vorschläge macht und über absurde Vorschläge, z. B. über die Kosten für eine beleuchtete Jogging-Strecke, über den Besuch der Immobilien-Messe in Cannes, oder über fünf Mio. Euro zusätzlich für die Oper, schweigt.

Die Verschiebung an und für sich ist schon eine Tortur für die Träger, da sie im laufenden Geschäftsjahr nicht wissen, wie viele Finanzmittel sie zur Verfügung haben. Bis zur Verabschiedung des städtischen Haushaltes gelten die Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung. Wieder einmal wird es die sozial Schwächsten treffen. Dagegen muss man sich engagieren, eingreifen und aktiv werden. DIE LINKE wird sich einer inhaltlichen Diskussion stellen und gleichzeitig gemeinsam mit den sozialen Initiativen Protest organisieren.

Jörg Detjen,
Marie Kuster



Fortsetzung Seite 2

Internetadresse: +++ www.linksfraktion-koeln.de +++ www.linksfraktion-koeln.de

Ein letzter Gruß – Das Nippesbad wird geschlossen

Am 9.2., dem letzten offenen Tag des Nippesbades, haben sich ca. 50 Schwimmfreunde getroffen, um sich von ihrem Bad zu verabschieden. Zukünftig werden sie nicht mehr im selben Schwimmbad schwimmen gehen können. Viele befürchten daher, dass gewachsene Strukturen zerbrechen und die Gemeinschaft nicht weiter aufrechterhalten werden kann. Ein Teil der Schwimmer will im Lentbad schwimmen gehen, obwohl sie viel an diesem modernen Spaßbad auszusetzen haben. Man werde als Schwimmer zur Schau gestellt, das Bad sei nicht barrierefrei und sehr schlecht zu erreichen. Außerdem wissen sie nicht, ob sie überhaupt Bahnen zur Verfügung haben oder ob das Lentbad,

wie zu befürchten, total überfüllt sein werde. Die Bezirksvertretung in Nippes hat am Donnerstag noch einmal einen Dringlichkeitsantrag verabschiedet, in dem sie fordert, das NippesBad für mindestens ein weiteres Jahr betriebsbereit zu halten.

Die Gesundheitsschwimmer sind wütend über die Entscheidung der rot-grünen Koalition, das Bad zu schließen. Alle Beteiligten beteuerten, dass sie sich weiter für ein Schwimmbad in Nippes einsetzen werden. So protestierten sie auch am Samstag, den 11.2., vor dem Nippesbad und bildeten zusammen mit weiteren 200 Demonstranten eine Kette um das Schwimmbad herum.

Marie Kuster



Flaniermeile Frankfurter Straße, und was übrig blieb!

„Mülheim 2020“, war vor drei Jahren ein Zauberwort für die rechtsrheinischen Stadtteile Mülheim, Buchheim und Buchforst. Endlich eine realistische Chance, die Gebiete auf der rechtsrheinischen Seite aufwerten zu können. Über 40 Millionen Euro standen bereit, bis zum Ende des Jahres 2013 für die Erneuerung der Stadtteile ausgegeben zu werden. Auch der Bereich Infrastruktur mit investiven Maßnahmen, wie der Neugestaltung bestimmter Straßen, war im Projektbudget vorgesehen.

Nach Anfangsschwierigkeiten wurde die Abrechnung der Projektgelder endgültig auf Ende 2014 festgesetzt. Als ein Highlight wurde die Flaniermeile für die Frankfurter Straße mit dem Bahnhofsvorplatz am Mülheimer Bahnhof ausgeschrieben. Die Vorfreude der Bevölkerung und der Geschäftsleute war schon groß als sie von den Planungsüberlegungen der Verwaltung hörten. Eine Aufwertung dieser Geschäftsstraße war von allen gewünscht. Endlich einmal was für die andere Rhein-

seite, dem Stiefkind der Stadt Köln. Doch was ist daraus geworden: Dem Autoverkehr wurde absoluter Vorrang gegeben und entsprechend das Profil der Straße gestaltet. Zwar gibt es breitere Fußwege, die aber als Multifunktionsfläche – z.B. auch als Parkstreifen gebraucht werden dürfen.

Es gibt einen Fahrradschutzstreifen auf der Straße, der aber jeweils vor den Verengungen, den Fußgängerüberwegen, unterbrochen wird. Dies führt unweigerlich zu gefährlichen Situationen für Autofahrer und lebensgefährlichen Situationen für Fahrradfahrer. Die vorgegaukelte Sicherheit kann schlimme Folgen haben.

Die Einrichtung einer Haltestelle im Laufe der Frankfurter Straße ist eine gute Lösung, die gerade ein Flanieren für gehbehinderte und durch Käufe bepäckte Personen erleichtert. Flanieren beschreibt, sich gemütlich fortzubewegen und die Augen schweifen zu lassen. Kommt das Auto aber dazwischen, so geht es wieder so richtig ab. Tempo 30 wäre doch eine angemessene

Fortsetzung von Seite 1: Haushalt

bestimmtes Vorgehen, das angeblich dem Schutz der Versammlungsfreiheit von „pro Köln“ dient, führt dazu, dass eigentlich keine Versammlung mehr durchgeführt wird, sondern ein geschlossenes Treffen von 90 Privatpersonen, die sich das Recht herausnehmen, für ihr privates Treffen 2.000 Polizisten kostenfrei zu engagieren, die eine ganze Straße für sie freihalten. Auch weitere Kollateralschäden werden bei dieser Taktik in Kauf genommen, sowohl massive Behinderungen von Personen, die zu angemeldeten Gegendemonstrationen wollen, als auch massive Einschränkungen von Anwohnern und Kunden.

Die Polizei sollte sich bewusst sein, dass diese Taktik auf Dauer gar nicht funktionieren kann. Die Provokationen von „pro Köln“ werden mit Sicherheit weitergehen, es kann dann wirklich nicht die Lösung sein, dass jeweils immer andere Teile der Stadt in dieser Form stillgelegt werden.

Allerdings hat die Polizeitaktik einen ziemlich unschlagbaren Vorteil: Sie kann kaum durch Klagen zu Fall gebracht werden. Wer würde schon gerne gegen die Polizei klagen, weil sie ihm nicht gestattet hat, an der Versammlung von „pro Köln“ teilzunehmen? Umso wichtiger wird es sein, relativ penibel die sonstigen Beeinträchtigungen, die mit diesen polizeilichen Maßnahmen verbunden waren, aufzuzeichnen und festzuhalten. Erst die Summe aller Beeinträchtigungen für Gegendemonstranten, Anwohner, Gewerbetreibende etc. machen deutlich, wie weit die Güterabwägung der Polizei zu Gunsten von „pro Köln“ und zu Lasten der übrigen Kölner Bürger erfolgt ist.

Eberhard Reinecke, Rechtsanwalt und Mitgliedglied im Polizeibeirat

Geschwindigkeit und in den Hauptzeiten kann auf der Frankfurter Straße auch gar nicht schneller gefahren werden, aber nein, es müssen 50 km her. Völlig überzogen! Und wie schön soll es dann sein, draußen in der Außengastronomie zu sitzen, einen Kaffee zu trinken und die Autos an sich vorbei flitzen zu sehen?

Kommen wir dann noch zum Ende des Flanierens zu einem Filetstück und einem Geschenk für die Deutsche Bahn. Wir schenken der DB zwar „kinn paar Blümchen“, aber einen Vorplatz für ihren heruntergekommenen Mülheimer Bahnhof. Wir lassen sie über die Gestaltung mit entscheiden, aber für eine Einrichtung einer einfachen öffentlichen Toilette gibt es von der DB kein OK. An eine eigenverantwortliche Sanierung des Bahnhofs ist erst gar nicht zu denken. Peinlich!

Es kommt aber noch besser: Wer den Platz dann später reinigt und in Ordnung hält, ist noch nicht geklärt. Wer hat hier was geraucht? Franz-Albert Krämer

Inklusion – eine neue Qualität von Schule

Das Schulwesen in Deutschland steht vor der tiefgreifendsten Umwälzung seit der Einführung der so genannten Dreigliedrigkeit im 19. Jahrhundert. Bewirkt wird diese Umwälzung nicht etwa durch den zurzeit in vielen Bundesländern stattfindenden Übergang zu einem zweigliedrigen Schulsystem – der ändert nur wenig an der undemokratischen Selektion von Kindern aus sozial schwachen und benachteiligten Familien.

Dagegen bietet die jetzt bundesweit anzugehende Einführung der Inklusion Chancen zu weitgehend gemeinsamem Lernen von benachteiligten und behinderten Kindern mit nicht benachteiligten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern. Letztendlich sollen etwa 80 % der jetzt noch in Förderschulen unterrichteten Kinder in den Regelschulen lernen. Vor dem Erreichen dieses Ziels liegt allerdings noch ein weiter Weg mit zahllosen Hindernissen.

Die rechtliche Grundlage für die Einführung der Inklusion ist die Behindertenrechtskonvention der UNO, die 2009 auch für Deutschland in Kraft trat. Bei der Realisierung geht es aber nicht nur um Menschen mit Behinderung. Alle, die aus sozialen, weltanschaulichen oder ethnischen Gründen benachteiligt werden, sollen die gleichen Rechte und Chancen haben wie nicht benachteiligte und nicht behinderte. Das gilt in hohem Maße beispielsweise auch für Menschen mit Migrationshintergrund.

Für die Schulen bedeutet dies, dass es heterogene Lerngruppen gibt, in denen nicht Trennendes, sondern Verbindendes im Vordergrund steht. Die Verschiedenartigkeit der Individuen wird nicht länger als pädagogische Komplikation gefürchtet, sondern als große Chance für einen demokratisch und weltoffen orientierten Unterricht verstanden, mit dem für alle die selbstbestimmte Entfaltung ihrer Persönlichkeit mit voller gesellschaftlicher Partizipation und frei von Diskriminierung angestrebt wird.

Die Realisierung dieses Ziels wird einen großen qualitativen Sprung weg vom bisherigen, letztlich immer noch ständisch ausge-

richteten und selektiven Schulsystem bedeuten. Eine volle Verwirklichung der Inklusion kann es allerdings nicht in einer Gesellschaft geben, in der weiterhin Bildungsprivilegien angestrebt und verteidigt werden, in der sich das Gymnasium immer noch als nach „unten“ abgeschotteter Königsweg behauptet. Hier wird deutlich, wie gewaltig die oben genannten zahllosen Hindernisse sind, wie weit der Weg sein wird, welcher tiefgreifender gesellschaftlicher Bewusstseinswandel stattfinden muss.

Letzten Endes kann eine inklusive und damit demokratische Bildung nur in einer Schule für alle realisiert werden. Gebraucht wird eine integrierte Schulstruktur, in der alle Kinder von der ersten Klasse bis zum Abschluss gemeinsam in einem Schultyp lernen. Am fortgeschrittensten sind in dieser Entwicklung die Gesamtschulen, die entsprechend zu unterstützen, auszubauen und auch zu verbessern sind.

Natürlich darf sich der Weg in die Inklusion nicht in formalen Umstrukturierungen und in neuen Benennungen erschöpfen. Damit Unterricht didaktisch, methodisch und sozial-pädagogisch wirklich inklusiv

werden kann, sind umfassende Investitionen in die personelle und materielle Ausstattung der Schulen, intensive Vorbereitung und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie kleinere Lerngruppen mit intensiverer pädagogischer Betreuung notwendig.

Der Einstieg in die Inklusion erfolgt auf der Grundlage von Inklusionsplänen, die auf Landesebene und in den Kommunen erarbeitet werden. In Köln hat eine vorbereitende Kernarbeitsgruppe ein halbes Jahr lang zum Themenkomplex Inklusion qualifizierte Antworten auf grundlegende Fragen entwickelt und wichtige Grundsätze formuliert – nachzulesen unter www.stadt-koeln.de/5/schule/inklusion/08642/. Aus dieser Vorarbeit heraus wird nun im Kölner Amt für Schulentwicklung der Entwurf zum Inklusionsplan für Köln erarbeitet. Der wird dann noch Ausschüsse und Rat passieren. Leider ist aber nicht vorgesehen, dass die pädagogischen Fachkräfte der Kernarbeitsgruppe noch weiter an der Erarbeitung des Plans beteiligt werden. Es wird lediglich noch ein informatives Treffen geben. Begründet wird dies seitens der Verwaltung mit dem Mangel an personellen Ressourcen, die zur weiteren Einbeziehung pädagogischer Fachkräfte erforderlich wären.

Dieser Rückzug aus der notwendigen Breite und Öffentlichkeit der Diskussion lässt befürchten, dass der Inklusionsplan verwaltungslastig und sparsam ausgeprägt ausfallen wird. So aber könnten der Plan und seine Umsetzung den gesellschaftlichen und bildungspolitischen Dimensionen des Projekts Inklusion nicht gerecht werden. Ein solcher Fehlstart wäre äußerst verhängnisvoll. Es darf nicht geschehen, dass behinderte oder benachteiligte Kinder aus Förderschulen in das Regelsystem eingegliedert werden und dort dann nicht deutlich besser betreut sind als vorher! Und es darf auch nicht geschehen, dass weiterhin Selektion, Diskriminierung und die rücksichtslose Verteidigung von Bildungsprivilegien Schule und Gesellschaft beschädigen!

Oswald Pannes



Kulturausschuss: Die Linke macht sich für Montagsöffnung der Stadtbibliothek stark

Im Kulturausschuss hat die Direktorin Frau Dr. Vogt die Entwicklung der Stadtbibliothek vorgestellt. Die Zahl der aktiven Nutzer und Nutzerinnen der Stadtbibliothek sei auf über 87 000 (+1,1 %) angewachsen. Die Anzahl der Besuche um 5 % auf fast 1,9 Millionen gestiegen. Täglich besuchen ca. 8200 Menschen die Stadtbibliothek. Somit ist sie mit knapp 1,9 Millionen Besuchen, die am stärksten genutzte Kultur- und Bildungseinrichtung der Stadt Köln. Sie hat

ein relativ junges Publikum: 40 % der Besucher sind Kinder und Jugendliche. Besonders erfreulich: Fast 50 % Prozent dieser Besuchergruppe sind Migranten. Akzeptanz und Wirtschaftlichkeit der Stadtbibliothek Köln sind überdurchschnittlich und dies wird durch die Deutsche Bibliothekstatistik bestätigt.

Seit Oktober sind alle Stadtbibliotheken samstags geöffnet. Die Reaktion darauf ist überwiegend positiv. Diese Öffnung ist

erst einmal bis Ende 2012 befristet. Eine dauerhafte Einführung der Samstagsöffnung für alle Stadtbibliotheken ist anzustreben. Dieser Erfolgsgeschichte kann durch Öffnung der Stadtbibliothek an Montagen weiter ausgebaut werden. Die Verwaltung wurde durch die Fraktion der LINKEN im Rahmen einer mündlichen Anfrage aufgefordert, bis zur nächsten Ausschusssitzung einen Kostenplan vorzulegen.

Sengül Senol

Aus den Ausschüssen

■ Schulausschuss

Studie der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratung der Stadt Köln: Arm macht krank

Der aufsuchende, niedrigschwellige Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsdienst (KJPB) beim Gesundheitsamt wurde im April 2009 eingerichtet. Zum vom Rat beschlossenen „Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut“ wurde nun ein Bericht im Schulausschuss vorgelegt.

Kinder und Jugendliche in belasteten Familien und Sozialräumen können weniger als andere von den Möglichkeiten der Prävention und Frühintervention profitieren. Bundesweit befinden sich nur 48 % der behandlungsbedürftigen Kinder in Therapie, so die Bella-Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

Dabei ermöglicht ein frühes Erkennen psychischer Krankheiten eine wirksame Behandlung und es hilft, Negativfolgen und Krankheitsbilder zu vermeiden.

Die Beratung der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien findet vor allem – in Schulen und im Gesundheitsamt statt – bei Bedarf auch aufsuchend. Von April 2009 bis Juni 2011 wurden 744 Fälle abgeschlossen. Dabei ist bei der Inanspruchnahme der Beratungsangebote auffällig, dass die Kinder und Jugendlichen meist aus den sozialen Brennpunkten der Stadt (z. B. zu 14 % aus Mülheim) kommen. Eine weitere Auffälligkeit: 29% der Klienten kommen aus Förderschulen. Männliche Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 18 Jahren stellen mehr als zwei Drittel der Klientel des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsdienstes. Eine Begründung: „Ihnen fehlen die Rollenvorbilder in direkter Umgebung“.

Das Angebot des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes wird gut angenommen. Die personelle Ausstattung ist aber nicht ausreichend. Darauf machte DIE LINKE mit Ihrer mündlichen Anfrage aufmerksam. Demnach stehen für die ganze Arbeit eine Fachärztin und zwei sozialpädagogische Kräfte zur Verfügung. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass mehr Fachpersonal dafür eingestellt wird.

Sengül Senol

■ Verkehrsausschuss

Was läuft schief am Höninger Weg?

Zuerst geriet die Straße in der Sommerflaute 2011 ins Gerede. Ein toter Radfahrer rief die dringende Forderung nach der Einrichtung von Fahrradschutzstreifen zwischen der Herthastraße und dem Gottesweg her-

vor. Der erneute, teilweise Umbau der im Jahre 2006/2007 frisch renovierten Straße kann die Folge sein.

Und dann zum Jahresende 2011 die happigen Forderungen der Stadt an die Hausbesitzer wegen des Umbaus in vorangegangenen Jahren. Eines Umbaus, der zu allererst durch die Baumaßnahmen der Stadtbahnlinie 12 hervorgerufen wurde.

Eine uns bekannte Hausbesitzerin soll für ihre 5 Häuser am Hönninger Weg ca. 250.000 Euro berappen. In der ZDF Sendung „hallo Deutschland“ vom 3. Januar 2012 zeigte die Anwohnerin Frau Oepen die zugesandten Zahlungsforderungen der Stadt: Für ihr Haus im allgemeinen 27 874,16 Euro und im speziellen 10 041,80 Euro für den erneuerten Kanalanschluss. Sie hatte einen eigenen Kostenvoranschlag für den Kanal eingeholt, dieser belief sich dagegen nur auf ca. 2500 Euro.



Bei der Bemessung der Kosten wird zunächst einmal die straßenbezogene Grundstücksbreite angesetzt. Und da haben wir für den Hönninger Weg die beiden Rechengrößen, ca. 40 000 Euro und 50 000 Euro pro Haus vorliegen.

Wir von der LINKEN sind zum Glück auch im Verkehrsausschuss vertreten und dort stand der Umbau der Ehrenstraße auf dem Programm der Januarsitzung 2012.

Hier wurden konkrete Zahlen im öffentlichen Teil genannt. Die Zahlen für den Hönninger Weg wurden dagegen bisher nur im geheimen, nichtöffentlichen Teil gehandelt.

Nun zurück zur Ehrenstraße unter Berücksichtigung des allenthalben bekannten Dreisatzes.

Die Umlage für die Anwohner der Ehrenstraße beträgt ca. 560 000 Euro. Die Ehrenstraße hat ca. 70 Häuser > Umlage

geteilt durch Häuseranzahl = 8000 Euro pro Haus.

Nun kann man nicht alles zu 100% gleichsetzen. Doch die Geschosshöhen, Grundstücksbreiten und -tiefen dürfen im Schnitt ähnlich sein. Ein neuer Kanal auf der Ehrenstraße stand dagegen nicht auf dem Programm. Dieser ist auf dem Hönninger Weg ein Streitpunkt. Vielleicht wurde der vorhandene Kanal auf dem Hönninger Weg auch nur krankgerechnet, weil er ungünstig zu den neu zu verlegenden Schienen lag?

Auch deshalb klagen viele Anwohner gegen die städtischen Bescheide. Der schon bekannten Frau Oepen machte die Stadt eine merkwürdige Offerte: Die Senkung der Kanalanschlussgebühren von 10 041,80 Euro auf .600 Euro.

Wirkt schon sehr verdächtig und dann noch das krasse Missverhältnis. Hier der Hönninger Weg mit 40 000 bis 50 000 Euro und dort die Ehrenstraße mit ca. 8000 Euro pro Haus.

Wer bei dem krassem Missverhältnis nicht bereits klagt, dem ist wahrlich wenig

zu helfen. Wir von der LINKEN werden alles daran setzen, dass ein erforderlicher Teilumbau durch das Anlegen von Fahrradschutzstreifen nicht zu erneuten, umlagefähigen Kosten führt. Denn die Unfallgefahren auf den Teilabschnitten des Hönninger Weges ohne Fahrradschutzstreifen dürften schon im Jahre 2006 bekannt gewesen sein.

Suboptimale Straßenplanungen sind in Köln keine Seltenheit. In Lindenthal wurde die Dürener Straße seit Mitte der 80er Jahre schon mehrfach umgebaut.

Zum Schluss noch der Link zur ZDF Sendung vom 3. Januar 2012
<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/aktuellste/210#/beitrag/video/1533450/Riesenrechnung-nach-Stra%C3%9Fensanierung>

Hans Peter Arenz

■ Sportausschuss

Sportstadt Köln e. V. – ein städtischer Geheimbund?

Das war ein wichtiges Thema bei der letzten Sitzung des Sportausschusses des Rats der Stadt Köln am 24.1.2012, bei dem die Wellen hochschlugen: Am 19.5.2011 ist heimlich, still und leise ein Verein gegründet worden.

Eine seiner ersten Aufgaben soll der Bau einer beleuchteten Jogging-Strecke von 2400m Länge rund um den Adenauer-Weiher in Müngersdorf sein. Die Kosten von mindestens 250 000 Euro sollen von Sponsoren aufgebracht werden.

Die Diskussion über das Ob und Wo begann schon 2001, und x Streckenverläufe sind geprüft worden.

Dass viele Naturschützer die beleuchtete Laufstrecke im Naturschutzgebiet als Katastrophe für die dort lebenden nachtaktiven Tiere wie Eulen und Fledermäuse so-

wie für das ganze Ökosystem ansehen, interessierten weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb.

Felix Schulte und ich haben im Sportausschuss immer als Alternative für die Poller Wiesen gestimmt, bei denen die Elektrik wesentlich günstiger zu installieren wäre und die für alle Kölner viel zentraler lägen.

Der Hammer aber ist, dass die Stadtverwaltung dem „Sportstadt Köln e. V.“ bereits 45 000 Euro überwiesen hat, damit er innerhalb von drei Jahren die „Luxus-Jogging-Strecke“ errichtet. Der Rat darf das alles dann in seiner Sitzung am 14. Februar 2012 abnicken.

Damit wir zukünftig schneller an Informationen kommen, habe ich die Mitgliedschaft in dem Verein beantragt, der bisher fast ausschließlich aus dem Vorstand besteht – zweifelsfrei sämtlich ehrenwerte Persönlichkeiten ... :-)

Ach ja, § 5, Abs. 2 der Satzung teilt mit: „Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht...“ Achim Schulz

ein paar Monaten wurden einige der Parktaschen geflickt, indem man die Pflasterung entfernte und Teer auftrug. Am 24. Januar schließlich begannen Arbeiten am Fußweg.

Leider konnte die Verwaltung in der Sitzung am 26. Januar die folgende Frage nicht beantworten: „Handelt es sich bei den derzeitigen Arbeiten um den Beginn der für 2010 angekündigten ‚Sanierung des gesamten Bereichs, also inklusive Parktaschen und Fahrbahn‘ und wird im Rahmen dieser jetzt laufenden Sanierung der entfernte Fußweg wieder in Stand gesetzt werden?“

Wenige Tage nach der Sitzung wurden die Arbeiten wieder eingestellt, nachdem ein Drittel des Fußweges saniert worden war. Wenn wir davon ausgehen, dass dies wegen des Frostes geschah und dass der städtische, statt des Maya-Kalenders gilt, schreiben wir das Jahr 2010 und der Weltuntergang droht erst in zwei Jahren. Ob die Arbeiten bis dahin erledigt und die Nachfrage beantwortet ist, bleibt abzuwarten.

Heinz Peter Fischer

Aus den Bezirken

■ Bezirksvertretung Kalk

LINKs wirkt –



Schneller als gedacht

Als der LINKE-Bezirksvertreter HP Fischer seinen Antrag „Glasunterflurcontainer am Vingster Markt in Köln-Vingst“ in die BV-Sitzung am 8.7.2010 einbrachte, begrüßte er die grundsätzlich positive Stellungnahme der Verwaltung. Der Wermutstropfen lag allerdings in einer Formulierung: „Allerdings stehen derzeit nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Diese sind wahrscheinlich bis 2012 schon vergeben.“

Doch auf Grund technischer Schwierigkeiten an einem beschlossenen Standort und dem damaligen zügigen Beschluss der Kalker Bezirksvertretung konnte das Projekt am Vingster Markt bereits Ende 2011 realisiert werden. Die große Einweihung in Anwesenheit der guten Seele des Veedels, Pfarrer Meurer und seinen Helfern sowie Frau Wegerich (GAG), Herr Gilleßen (AWB-Geschäftsführer), Herr Sledzinski (Vorsitzender Bürgerverein Vingst), Be-

zirksbürgermeister Thiele (SPD), Bezirksvertreter Fischer (LINKE) und einigen anderen aus Verwaltung, AWB und Bürgerschaft fand schließlich am 24. Januar statt und bot noch mal Gelegenheit auch über andere Dinge zu reden, die am Vingster Markt und in Vingst überhaupt zu erledigen sind. Das fängt an mit geparkten LKW, geht über sanitäre Einrichtung bis hin zu mehr Beleuchtung. Also genau entsprechend dem, was sich DIE LINKE im Stadtbezirk Kalk in ihr Bezirksprogramm zur Kommunalwahl 2009 geschrieben hat: „...gerade in benachteiligten Stadtteilen muss der öffentliche Raum, Straßen, Plätze und Grünanlagen ansprechend gestaltet werden. Diese müssen seniorengerecht und barrierefrei sein“. Es gibt noch einiges zu tun.

Heinz Peter Fischer

■ Bezirksvertretung Kalk

Wir schreiben das Jahr 2010

Wir berichteten bereits im Platzjabbeck 1/2009 über eine Anfrage in der Kalker BV zum Thema: „Verwahrlosung öffentlicher Wege und Plätze, hier am Beispiel Neubrücks“. In der Ausgabe 7/2009 hieß der Artikel „Anfrage als Dauerbrenner“. Darin berichteten wir, dass die Sanierung des von der LINKEN bemängelten Fußweges für 2010 versprochen wurde. Übrigens mit dem Hinweis: „Eine sinnvolle und fachtechnisch einwandfreie Sanierung des Gehwegs ist nur in Verbindung mit einer Sanierung des gesamten Bereichs, also inklusive Parktaschen und Fahrbahn, möglich.“ Vor



Hollywood – Kalkberg

„Was Hollywood kann, können wir Kalker und Buchforster schon lange!“ Dies haben sich an einem Samstagnachmittag etwa 100 handwerklich begabte Bürgerinnen und Bürger aus diesen Stadtteilen gedacht und Hand angelegt. Mit Holzbrettern, Latten, Farben, Nägeln, Schrauben und Werkzeugen erklimmen sie den Kalkberg. Für sie ist noch lange nicht klar, dass dieser schöne Berg zu einer Hubschrauberbetriebsstation degradiert werden soll. Es gibt vielmehr sinnvollere Gestaltungen, die diesen Berg zu einem Erholungsgebiet für die Bevölkerung machen könnten. Mit vielen unterschiedlichen Veranstaltungen soll dies im Frühjahr/Sommer 2012 auch bewiesen werden. Jetzt aber musste erst einmal der Berg in Volksbesitz übernommen werden. Schnell war der Schriftzug erstellt, aufgebaut und weist jetzt schon von weitem auf den Kalkberg hin. „Es war schon sehr anstrengend, den steilen Berg zu erklimmen, aber es hat sich gelohnt. Der Rundblick hat für alle Mühen entschädigt“, war die abschließende Meinung aller Generationen, von den Kindern über die Jugendlichen und Erwachsenen bis hin zu den Senioren: „Auf alle Fälle kommen wir wieder!“ Franz-Albert Krämer

Beschluss des Integrationsrates der Stadt Köln

Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 23. Januar 2012 mit einer Gegenstimme den folgenden Beschluss gefasst:

„Der Integrationsrat der Stadt Köln unterstützt den Aufruf des Bündnisses „Schäl Sick gegen Rassismus“ zur geplanten Demonstration von Pro Köln in Köln-Kalk am 28.01.2012, Kalk macht wieder dicht - Gegen fremdenfeindlichen Hass auf der Schäl Sick.“

Die Kölner Falken sind empört über das Verhalten der Kölner Polizei

Durch das massive Polizeiaufgebot am 28.1. hat Polizeipräsident Albers den Weg frei gemacht für die rechtsextreme Organisation „Pro-Köln“.

Michael van Dawen, 1. Vorsitzender der Kölner Falken: „Es ist unverschämt, den Verlauf der Demo als Erfolg zu bezeichnen, wenn Proteste gegen menschenverachtende Einstellungen verhindert werden und „Pro Köln“ mit ihren rassistischen Einstellung Platz geschaffen wird.“ „Herr Albers hat sich zum Bewilligungsgelhilfen von „Pro Köln“ gemacht, erklärte Markus Homberg, Stadtverbandsvorsitzende von Kalk.

Keine Räume für Nazis – neue Broschüre erschienen

Rechtsextreme Gruppen brauchen Räume, um Mitgliederversammlungen und Stammtische abzuhalten. Sie sind auf Anmietungen angewiesen, da sie in den wenigsten Fällen über eigene entsprechende Räumlichkeiten verfügen. Um Anmietversuche durch rechtsextreme Gruppen verhindern zu können, muss entsprechendes Wissen vorhanden sein. Mit diesem Thema beschäftigt sich die Broschüre „Keine Räume für Nazis“. Der Leser erhält hilfreiche Tipps, wie man Gruppierungen erkennt, wie man Anmietversuche abwehrt und sie verhindert, z. B., indem Vermieter zuvor schriftlich festhalten, welchen Zweck und Charakter die geplante Veranstaltung haben soll. Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen werden unter: www.koeln-bonn.dgb.de.

Marie Kuster



Pressemitteilung des Autonomen Zentrums in Kalk vom 24. Januar 2012

Pro Köln entschlossen entgegenzutreten, Autonome Freiräume erhalten!

Am 28.01.2012 will Pro Köln erneut in Köln Kalk marschieren, um sich mit ihrer Forderung „Autonomes Zentrum schließen“ zu profilieren. Mit dieser Forderung steht Pro Köln mittlerweile nicht mehr alleine da. Bei der letzten Sitzung des Hauptausschusses des Stadtrats beantragte die CDU die baldige Kündigung des AZ-Vertrages. Allem Anschein nach schlossen sich nun auch SPD und Grüne dieser ProKöln-CDU-Forderung an. Entsprechend jubeln



die Rassist_Innen bereits auf ihrer Website über „ihren“ Erfolg.

Beim letzten Versuch von Pro Köln eine Demonstration durch Köln Kalk zu veranstalten, scheiterten die Rechten wie selten zuvor. Gerade einmal 40 Pro Köln Anhänger_innen legten insgesamt eine Route von 50 m zurück, dann wurden sie von entschlossenen Antifaschist_innen in die Schranken verwiesen, frei nach dem Aufruf „Don't cross this line“ (das Motto zur Blockade des Pro Köln Aufmarsches am 19.11.2011).

Auch am 28.01.2012 ist es für uns selbstverständlich der rechten Propaganda von Pro Köln entschieden entgegenzutreten. Wenn Pro Köln sich zur Verbreitung ihrer Forderung nach der Schließung des Autonomen Zentrums an Kalk Post sammeln will, werden wir auch da sein, gemeinsam mit Anwohner_innen und anderen Unterstützer_innen werden wir den Rassist_innen keinen Fuß breit der Straße überlassen.

Die Drohung, dass Pro Köln ab jetzt jeden Monat gegen das Autonome Zentrum mobil machen will, solange bis sie einmal ihre Pappschilder bis in die Wiersbergstra-

ße getragen haben, hat wohl auch Polizeipräsident Albers mitbekommen und empfahl deshalb den Anwohner_innen: „Die Anwohner könnten die Fenster schließen, die Rollläden runterlassen und ihrem Protest durch andere passive Formen Ausdruck verleihen.“ (ksta). Albers kalkuliert damit genau wie Pro Köln auf das Mitleid der Anwohner_innen, den Häuflein notorischer rechter Spinner doch einfach ihren Willen zu lassen, um danach Ruhe zu haben.

Doch genau dieser Mentalität ist vehement zu widersprechen. Viel zu lange wurde Rassismus, rechte Gesinnung und Gewaltakte von rechts ignoriert oder verharmlost. Dabei zeigt sich heute deutlicher denn je, dass die Gegenwehr nicht den staatlichen Behörden überlassen werden darf, welche die Betroffenen rechter Hetze und rassistischer Gewalt viel zu lange alleine gelassen haben und Engagement gegen Rechtsradikalismus kriminalisieren wie momentan in Sachsen.

Pro Köln argumentiert großspurig mit Meinungsfreiheit, dabei betreiben sie mehr als bloße Provokation. So wie sie zuvor ihre Demos gegen den Moscheebau in Ehrenfeld verbunden haben mit der Gleichsetzung des gesamten Islam mit Terrorismus, versuchen sie nun das Autonome Zentrum in Form von reißerischen Postkarten und Videos in Verbindung zu bringen mit brennenden Autos und Straßenschlachten. Es geht ihnen nicht um Meinungsäußerungen, sondern um Hetze gegen alles was nicht in ihr beschränktes, rassistisches und menschenverachtendes Weltbild passt.

Hinter der Fassade einer Bürgerbewegung agieren hier Neo-Faschist_Innen, die lediglich einen anderen, populistischen Weg einschlagen. Dass sie dabei auch die gleichen Mittel wie ihre Neonazi-Freunde wählen, zeigt das Beispiel des Falls Jörg Uckermann, der – neben seiner aktuellen Geldstrafe wegen Beleidigung – schon mehrere Vorstrafen hat, unter anderem wegen Körperverletzung eines politischen Gegners.

Pro Köln und ihren Sympathisant_innen die Straße zu überlassen war und ist keine Option. Wenn wir eine Lehre aus der (jüngsten) Vergangenheit Deutschlands gezogen haben, dann dass wir nicht wegsehen werden, wenn Rassist_innen ihre menschenverachtende Ideologie auf den Straßen verbreiten. Gemeinsam, kreativ, wütend und entschlossen werden wir uns auch diesmal Pro Köln entgegenstellen und dafür sorgen dass ihr Aufmarsch abermals zum Desaster wird.

Angesichts der aktuellen Situation, werden wir es unter keinen Umständen dulden, sollte die Polizei den Zugang zum Autonomen Zentrum in der Wiersbergstraße versperren. Das AZ bleibt und notfalls werden wir dafür kämpfen.

Ja, wir zeigen Flagge, auch wenn einige Repräsentanten der Kölner Behörden wie der Polizeipräsident oder Teile der Kölner Medien meinen, es sei ausreichend, wenn die Kalker die Fenster schließen und die Rollläden runterlassen. – Nein, das ist nicht ausreichend!

Viel zu viele Menschen, private und politisch oder institutionell Verantwortliche, haben in den letzten Jahren vor dem Problem rechter Gewalt die Fenster geschlossen und die Rollläden runtergelassen ...

Wenn wir uns diese Vereinigung, die sich „pro Köln“ nennt und ihre Mitglieder näher ansehen, dann stellen wir fest, sie sind und waren aktiv und pflegen nach wie vor Kontakte z. B. mit der mittlerweile aufgelösten rechtsextremen „Deutschen Volksunion“ (DVU); mit der ebenfalls rechtsextremen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, mit der NPD und deren Jugendorganisation, den „Jungen Nationaldemokra-

Auszüge aus einer Rede von Claudia Wörmann-Adam, gehalten am 28. Januar

„Kalk stellt sich quer! Und das ist gut so!“

ten“, mit der neonazistischen „Schwarzen Front“, mit rechtsextremen Burschenschaften und sogenannten „freien Kameradschaften“ – das sind die, die im Dezember angeführt von dem mehrfach verurteilten Neofaschisten Axel Reitz versuchten, durch Kalk zu marschieren. Und sie pflegen intensive Kontakte zu anderen rechtsextremen und faschistischen Organisationen, Parteien und Personen aus dem In- und Ausland.

Die Mitglieder und die Politik von „pro Köln“ richten sich: gegen den Bau von Synagogen, gegen den Bau von Moscheen, gegen Menschen ausländischer Herkunft, gegen Homosexuelle, gegen Sinti und

Roma, gegen alternative Lebensformen und Kulturen wie z. B. gegen das alternative autonome Jugendzentrum.

Wir sind heute hier, weil wir Flagge zeigen: Flagge zeigen gegen rechts, Flagge zeigen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, Flagge zeigen für ein friedliches Miteinander in Kalk, in Köln, in Deutschland und Europa

Wir lassen nicht die Rollläden runter und wir kommen, wenn es notwendig wird wieder!

Das ist es was uns von denen unterscheidet, die sich „pro Köln“ nennen ...

Polizei setzt rechten Aufmarsch in Kalk mit 2000 Beamten durch

Die Kalker Hauptstraße in Köln am Samstagmorgen um 10 Uhr. Normalerweise wimmelt die wichtigste Einkaufstraße in diesem Veedel Kölns jetzt schon von Menschen. Heute ist sie wie leer gefegt, nur Massen weiß-blauer Einsatzwagen, Polizisten und ein paar Hubschrauber sind zu sehen. Was ist passiert? Entschärfung einer alten Weltkriegsbombe? Ein Störfall im Chemiebetrieb? Ausbruch eines Bürgerkriegs? Oder nur ein neues Loch in der U-Bahn? Nein!

Nachdem ihr für den 19. November 2011 geplanter Marsch durch das von ArbeiterInnen und MigrantInnen geprägte Kalk durch Blockaden verhindert werden konnte, hatte die rechte „Bürgerbewegung pro Köln“ für den 28. Januar erneut eine Demonstration gegen das Autonome Zentrum angemeldet. Und erneut hatten verschiedene antifaschistische Bündnisse und Organisationen zu Gegenprotesten und Blockaden mobilisiert. Obwohl niemand die Rassisten in Kalk sehen will, konnte die Polizei das „Demonstrationsrecht“ „pro Kölns“ diesmal leider durchsetzen.

„Mal wieder marschieren die Rechten – und was ist mit unseren Rechten?“ stand auf einem Flyer, der während der Proteste gegen den Aufmarsch verteilt wurde. Denn in Köln Kalk galten heute demokratische Rechte nur für die Rechten.

In nie zuvor da gewesener Weise sperrte ein massives Polizeiaufgebot von 2000 Beamten ein ganzes Stadtviertel ab, um jegliche Gegenproteste und besonders Blockaden der Demostrecke zu unterbinden und „pro Köln“ ungehindert marschieren zu lassen. Gegenkundgebungen konnten nur hinter den Drängelgittern um die Kalker Hauptstraße stattfinden, nicht einmal

Familien, die einfach nur einkaufen wollten, wurden durchgelassen. AnwohnerInnen mussten Ausweiskontrollen und Gepäckdurchsuchungen über sich ergehen



lassen. Busse wurden umgeleitet, die beiden U-Bahn-Stationen im Viertel nicht angefahren. Trotzdem schafften es einige AktivistInnen, auf die rechte Demoroute zu gelangen und Blockaden zu organisieren, die die Polizei aber schnell mithilfe von Schlagstöcken und Pfefferspray auflöste.

In einer Demokratie haben alle dasselbe Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstrationen? Für die antifaschistischen GegendemonstrantInnen galt dieses Recht am Samstag jedenfalls nicht! Was hat es mit der Wahrnehmung des Demonstrationsrechtes zu tun, wenn tausende Menschen sich in ihrer nächsten Umgebung nicht frei bewegen dürfen, damit knapp 90

Rassisten ungehindert ihre Deutschlandfahnen schwenken und Hetzsprüche rufen können? Diese Aufmärsche werden uns aufgezwungen und sind nichts als Provokation von Leuten, die seit jeher enge Verbindungen zur militanten Nazi-Szene haben, wo bekanntlich demokratische Rechte und andere Meinungen wenig respektiert werden. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Viele KalkerInnen konnten ihren Protest nur am Fenster zum Ausdruck bringen. Nach Meinung des Kölner Polizeipräsidenten Albers (SPD) war sogar das schon zu viel. „Die Anwohner könnten die Fenster schließen, die Rollläden runterlassen und ihrem Protest durch andere passive Formen Ausdruck verleihen“ wurde er im Kölner Stadt-Anzeiger vom 14.1. zitiert, der fortan zusammen mit der SPD kräftig die Werbetrommel für den „passiven Widerstand“ und das „Ignorieren“ der Rassisten schürte. „Dann könnten wir davon ausgehen, dass wir zumindest im Stadtteil Kalk erst einmal Ruhe haben“.

Viele KölnerInnen sehen das anders und wollen das Problem „pro Köln“ lieber lösen, als wegzuschauen. So kamen am 28.1. trotz aller Schikanen insgesamt 1000 Menschen zu den Gegenaktionen, um sich den Rassisten in den Weg zu stellen.

Wenn Rassisten-Demos erst mal zur Normalität geworden sind, werden auch gewalttätige Übergriffe auf MigrantInnen und Linke zunehmen. Deswegen müssen wir weiterhin jeden Versuch „pro Kölns“ und anderer rechter Gruppen, in Köln Fuß zu fassen, entschieden zurückschlagen! Ob Köln, Dresden und überall: Keinen Fuß breit den Faschisten!

Conny Dahmen, linksjugend.solid Köln

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Das Autonome Zentrum muss bleiben!

Es fällt doch auf, dass sich die CDU in den letzten Wochen öfter in den Spuren der rechtsextremen Ratsfraktion „pro Köln“ bewegt. Bei der Seniorenvertreterwahl und auch in der Hauptausschusssitzung am 9. Januar. Die Hetzreden von „pro Köln“ gegen das Autonome Zentrum schreckten die CDU keineswegs ab zu beantragen, dass die Mietverträge mit dem Autonomen Zentrum gekündigt werden sollen, bevor die Stadt Köln die Liegenschaften der Sparkasse, insbesondere der Savor GmbH & Co. erwirbt.

Wer dachte, SPD und Grüne werden das ablehnen, sah sich getäuscht. Gemeinsam mit der FDP stimmten sie für die Kündigung des Mietvertrages.

Das ist ein falscher und auch ein unsinniger, teurer Beschluss. Für das ehemalige Kantinengebäude gibt es derzeit keine andere Nutzung, auch in den nächsten Jahren nicht. Das Autonome Zentrum hält das Gebäude in Schuss und zahlt sogar die Versicherungskosten. Wenn die Stadt kündigt, gibt es keine Bestandpflege und keinen Versicherungsschutz. Das wird der Stadt, teuer zu stehen kommen.

Die Ratsfraktion der LINKEN wird sich auch weiterhin für ein Autonomes Zentrum einsetzen. Alle Fachleute bestätigen, dass die vielfältigen Kulturveranstaltungen im Autonomen Zentrum das Stadtviertel bereichern.

Als ich zusammen mit Pfarrer Meurer und dem Vorsitzenden der Integrationsrates Tayfun Keltok vor dem rechtsextremen Aufmarsch gegen das Autonome Zentrum durch die Kalker Hauptstraße ging, wurde uns von zahlreichen Geschäftsleuten bestätigt: „Das Autonome Zentrum stört uns nicht – das ist kein Grund für einen Naziaufmarsch!“

Jörg Detjen

Solidarität mit den Opfern

Mit einer Menschenkette demonstrierten 300 Menschen in der Keupstraße in Köln-Mülheim gegen Rechtsextremismus und rechten Terror. Aufgerufen hatte die Interessengemeinschaft Keupstraße. Gedacht werden sollte der 22 Menschen, die am 9. Juni 2004 durch eine mit 10 cm langen Nägeln gefüllte Drei-Kilo-Gasflasche verletzt worden waren. Dass es keine Toten gegeben hatte, war ein großer Glücksfall. Viele Kommunalpolitiker beteiligten sich an der Aktion. Auch der Kölner Bundestagsabgeordnete der LINKEN Matthias W. Birkwald war gekommen. Seine Initiative – gemeinsam mit den Kölner LINKEN im Rat – ermöglichte die Entschädigung aller Opfer der NSU. Die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hatte zunächst nur eine Entschädigung der Hinterbliebenen der Mordopfer angeboten. Den Betroffenen wurde eine Pauschale in Höhe von 5000 bis 10 000 Euro ausbezahlt. Das Geld kommt aus einem Fonds für Opfer rechtsextremistischer Straftaten. Die Ministerin hatte aber auch schon angekündigt, falls mehr Geld gebraucht werde, könne dies individuell und für jeden Fall

einzel geprüft werden. Am Protesttag in der Keupstraße forderten die Menschen, dass endlich umfassend aufgeklärt wird, wie es passieren konnte, dass eine rechtsterroristische Nazitruppe mehrere Jahre unbehelligt in Deutschland morden und rauben konnte.

Auch die LINKE fordert, dass alle Fakten auf dem Tisch gelegt werden sollen. Wie weit ist der Verfassungsschutz verstrickt, wer waren die verantwortlichen Ermittler? Wieso wurden die Opfer in der Keupstraße zu Schuldigen erklärt, indem man erstens den rechtsextremen Hintergrund von vornherein ausschloss und zweitens von einer Abrechnung im kriminellen Milieu sprach? Bis jetzt kommen immer weitere Verstrickungen deutscher Behörden in dem Nationalsozialistischen Untergrund zu Tage. Laut Bild am Sonntag soll auch das BKA Informanten schützen. Das BKA dementierte dies. Das Ganze scheint ein riesiger Systemfehler zu sein. Die Arbeit des Verfassungsschutzes muss eingestellt werden, und erst einmal müssen die Verstrickungen und Verflechtungen hundertprozentig aufgeklärt werden.

Marie Kuster

Termine... Termine... Termine...

Do, 23.02.2012, 18:00 Uhr

AK Hartz IV/Soziales
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 23.02.2012, 20:00 Uhr

AK Wirtschaft
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 27.02.2012, 18:00 Uhr

AK Integration
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Di, 28.02.2012, 18:00 Uhr

AK Kunst, Kultur, Medien
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 01.03.2012, 17:30 Uhr

AK Jugend und Schule
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Fr, 09.03.2012, 16:30 Uhr

AK Stadtentwicklung
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 12.03.2011, 17:00 Uhr

AK Umwelt
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 15.03.2011, 18:00 Uhr

AK Gesundheit
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg



Wir drucken auf Recycling-Papier mit einem RISO-Printer mit umweltfreundlicher Farbe auf Soja-Öl-Basis. Die RISO-Printer entwickeln beim Druckprozess keine Wärme und stoßen kein Ozon aus. Sie verbrauchen bis zu 95% weniger Energie als leistungsgleiche, tonerbasierte Systeme. RISO-Printer werden nach der WEEE-Richtlinie produziert und tragen das Gütezeichen Energy Star, das besonders Energie sparende Bürosysteme auszeichnet.